

Heftige parteiinterne Kritik an Merkel

In der CDU rumort es wegen der Groko-Ergebnisse. Hat sich die Kanzlerin für ihre vierte Amtszeit verkauft?

Von Hagen Strauß

Berlin. Die Schlagzeilen, die Angela Merkel gestern in ihrer Presseschau vorfand, waren verheerend: „Merkels letztes Aufgebot“ musste die Kanzlerin lesen. Oder: „Das Groko-Beben.“ Und besonders schlimm: „Merkel schenkt der SPD die Regierung.“ Zum negativen Medienecho gesellten sich dann auch noch neue Ticker-Meldungen mit parteiinterner Kritik am Groko-Ergebnis für die Union – die Stimmung im Kanzleramt rutschte frühmorgens erst einmal in den Keller.

Die Gegner verspüren mächtig Aufwind

Nun ist Merkel schlechte Schlagzeilen gewohnt. Bei der Eurorettung und den Milliarden für Griechenland zum Beispiel wurde sie ein ums andere Mal heftig attackiert. Sie hat die wochenlange Kritik seinerzeit ausgesessen. Diesmal ist das nicht so einfach möglich. Seit Jahren wird der CDU-Chefin vorgeworfen, sie habe ihre Partei inhaltlich entkernt und das konservative Profil der Union aufgegeben.

Und nun auch noch das: Wichtige Ministerien hat sie der 20-Prozent-Partei SPD überlassen, um Kanzlerin zu bleiben; Kernkompetenzen der Union wie die Verantwortung für solide Finanzen einfach weggegeben, weil die große Koalition in den letzten Stunden der Verhandlungen an der Ressortverteilung zu scheitern drohte. Schlichtweg, um die „größtmögliche Blamage“ zu verhindern, wie gestern ein Insider meinte.

Inzwischen verspüren Merckels Kritiker neuen Aufwind – und es sind nicht nur die üb-

lichen Verdächtigen wie die vom Berliner Kreis, dem konservativen Bündnis einiger CDU-Politiker. Ausgerechnet Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther, der für viele in der Union ein Hoffnungsträger mit Blick auf die Erneuerung der Partei ist, ließ wissen, die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen mit der SPD seien für die Union ein „harter Schlag“. Nun müsse ein personeller Aufbruch her.

„Dass die CDU das Innen- und das Finanzressort gegen das Landwirtschafts- und das Wirtschaftsministerium getauscht hat, ist eine Einbuße, die vom Wahlergebnis nicht gedeckt ist.“

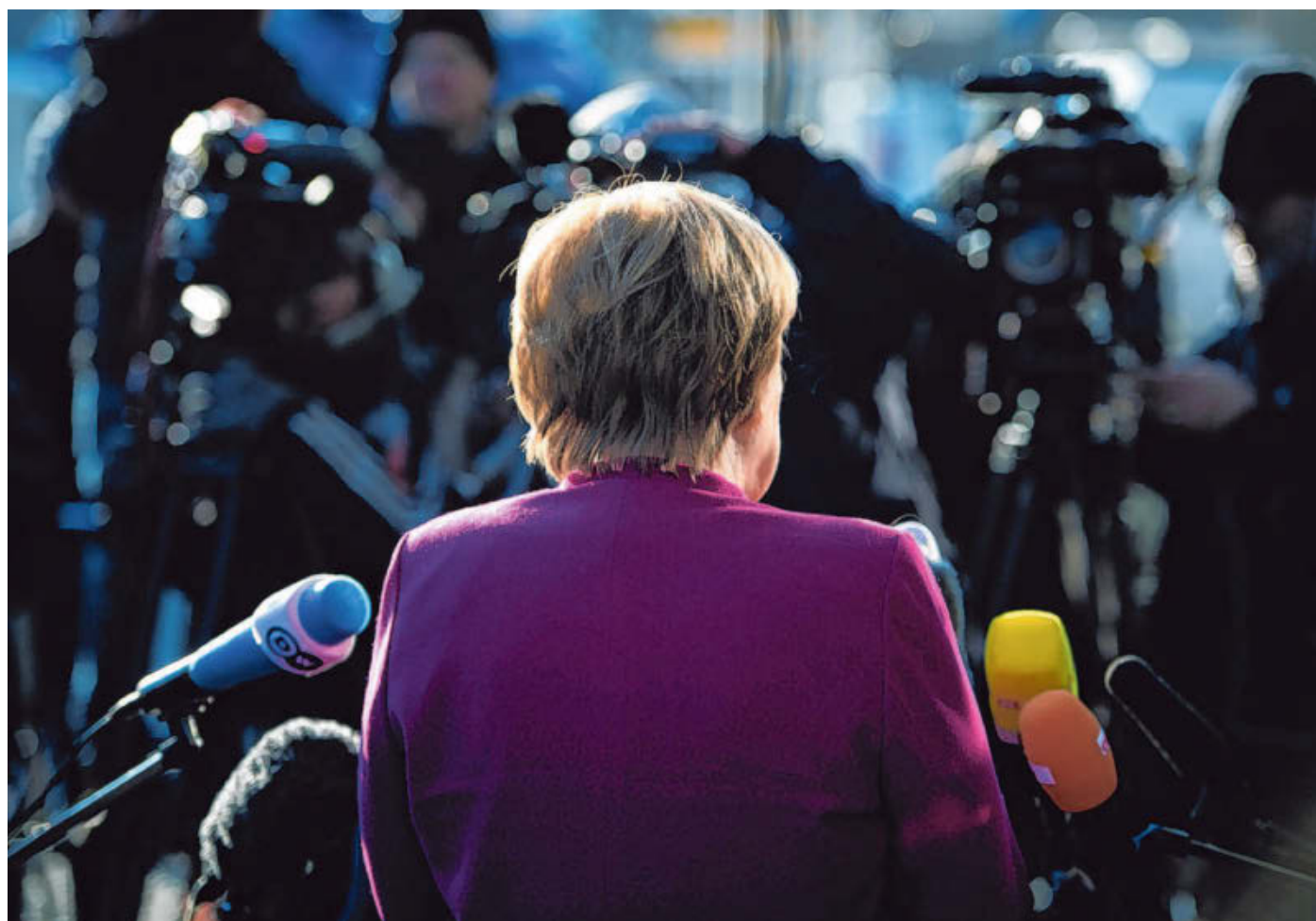
Daniel Günther, Ministerpräsident Schleswig-Holstein

Mittelstandspolitiker Christian von Stetten wertete die Ressortverteilung sogar als „politischen Fehler“ wegen des Verzichts auf das Finanzministerium. In der Union fürchtet man bereits um das Erbe von Wolfgang Schäuble, der das Ministerium acht Jahre lang führte und der Republik einen ausgeglichenen Haushalt hinterließ – das vielleicht letzte Markenzeichen der CDU.

Eine gefährliche

Melange für die Chefin

Aus alledem kann für Merkel eine gefährliche Melange entstehen, noch scheint auch für sie nicht absehbar zu sein, welche Dynamik die parteiinter-



Wer steht noch hinter ihr? Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) spricht vor der Parteizentrale in die Mikrofone der Pressevertreter.

Foto: dpa

ne Kritik am Koalitionsvertrag entfalten wird. Für den 26. Februar hat die CDU zu einem Bundesparteitag nach Berlin eingeladen, um die Vereinbarung abzusegnen. Ein ungewöhnliches Vorgehen, in früheren Jahren waren dafür meist lediglich die Führungsgremien zuständig. Aber es ist Merckels Zugeständnis an jene gewesen, die mehr innerparteiliche Mitsprache gefordert haben. Zwar ist die Union keine Revoluzzer-Partei, aber zu hören ist, dass es auf dem Konvent „lebhaft“ zugehen werde. Auch Merkel müsse sich jetzt ins Zeug legen.

In der CDU-Spitze gab man sich gestern freilich betont ge-

lassen. Die Resonanz sei „etwas durchwachsen“, wurde eingeräumt. Aber erstmals seit 1966 werde die CDU wieder das Wirtschaftsministerium führen, und das sei ein Haus mit großer „ordnungspolitischer Funktion und hoher Verantwortung bei der Koordinierung aller Ressorts“. Inhaltlich habe sich die Union zudem in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt. Das würden die Kritiker auch erkennen, „wenn sie den Vertrag gelesen haben“.

Und: Der sei einer „der Besseren“, meinte einer, der schon mehrere solcher Verträge mitverhandelt hat. Ob das Merckels Kritiker am Ende auch so sehen werden?

DIE CSU GIBT SCHON MAL GRÜNES LICHT

ZUFRIEDENHEIT Die CSU hat als erste Partei den mit CDU und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag gebilligt. Gestern stimmten der CSU-Vorstand und die CSU-Landtagsfraktion für den Vertrag mit CDU und SPD. Wie CSU-Chef Horst Seehofer sagte, gibt es bei den Christsozialen „höchste Zufriedenheit“ mit den künftigen CSU-Ministerien.

FORMLOS Anders als die Schwesterpartei CDU verzichtete die CSU auf einen eigenen Parteitag, um über den Koalitionsvertrag zu beraten. Am Mittwoch hatte zunächst die CSU-Landesgruppe einstimmig zu-

gestimmt, gestern folgte der Parteivorstand ebenfalls einstimmig. Die Landtagsfraktion billigte den Koalitionsvertrag nach Angaben eines Fraktionssprechers ohne formale Abstimmung.

DEUTUNGSHOHEIT Seehofer verteidigte den Koalitionsvertrag gegen Kritik. Es gebe „keinen einzigen Punkt, den man nicht verantworten könnte“. Mit Blick auf die von SPD-Chef Martin Schulz reklamierte sozialdemokratische Handschrift in dem Papier sagte Seehofer, „wir haben manches verhindert wie die Bürgerversicherung“.

SPD fürchtet die Glaubwürdigkeitsdebatte – Gabriel teilt kräftig aus

Der Blick soll von der Personalie Schulz auf Inhalte des Koalitionsvertrags gelenkt werden. Aber es rumort bei den Sozialdemokraten.

Von Ekkehard Rüger und Georg Ismar

Düsseldorf. Man muss nicht jede verbale Eruption der Sozialen Medien als getreues Abbild der Stimmung an der Basis nehmen. Aber ein Streifzug durch die Kommentare auf Martin Schulz' Facebook-Seite macht deutlich: Sein angekündigter Wechsel ins Außenministerium in Kombination mit seinem legendären Satz „In eine Regierung von Angela Merkel werde ich nicht eintreten“ ist nicht nur für die politischen Gegner Anlass für Spott bis hin zu blankem Hass. Auf dem Weg zum Mitgliedervotum droht die Personalie auch die Diskussion innerhalb der Sozialdemokratie zu bestimmen.

Groschek rechnet mit einer „emotionalen Diskussion“

Bei der NRW-SPD will man gewappnet sein. Landeschef Michael Groschek rechnet damit, dass es nicht nur auf den geplanten fünf Veranstaltungen der Landespartei zum Koalitionsvertrag eine „emotionale Diskussion“ um die Glaubwürdigkeit des scheidenden Parteivorsitzenden geben wird. „Und Schulz ist aufgefordert, sich dieser Diskussion zu stellen.“

Gleichzeitig springt Groschek dem ehemaligen Kanzlerkandidaten zur Seite: „Es gibt auch eine politische Glaubwürdigkeit. Die SPD muss überlegen, wer am glaubwürdigsten die Europapolitik vorantreiben kann.“ Schulz sei der „Mr. Europa“ der SPD und könne einen großen

Beitrag leisten, „die Europa-politik neu aufzustellen“.

Ein Fingerzeig, wie die SPD versuchen will, den Sprung von der emotionalen Personaldiskussion in eine Sachdebatte zu schaffen. Selbst der Jusvorsitzende Kevin Kühnert, Speerspitze der Groko-Gegner, ärgert sich darüber, dass Personalfragen die inhaltliche Auseinandersetzung überlagern könnten. Er bezieht das vor allem auf den Zeitpunkt des angekündigten Führungswechsels an der Spitze der Partei. Auf den Zug des Schulz-Bashings scheint Kühnert also im Vorfeld des Mitgliedervotums nicht mehr aufspringen zu wollen.

Der NRW-Landesbezirk sucht derzeit noch nach einer geeigneten Form, seine fünf Veranstaltungen (16.2. Bielefeld, 19.2. Bochum, 20.2. Köln, 21.2. Oberhausen, 22.2. Münster) auf die inhaltliche Schiene des Koalitionsvertrages zu setzen – „denn da kenne ich kaum jemanden, der sagt, das sei zu wenig“, ist Groschek vom Verhandlungsergebnis überzeugt.

Darum werden nach seinem Willen auch alle 17 Teilnehmer der nordrhein-westfälischen SPD an den Koalitionsverhandlungen die Werbeträger rühren. Drei bis vier Themen des Ergebnisses sollen vertieft dargestellt werden. „Ich

möchte nicht, dass das eine frontale Unterhaltungsshow wird“, sagt der Landesvorsitzende.

„Ich bedauere, dass diese öffentliche Wertschätzung meiner Arbeit der neuen SPD-Führung herzlich egal war.“

Sigmar Gabriel (SPD), scheidender Außenminister

Ob und wo Schulz vor dem Mitgliedervotum noch einmal in NRW auftritt, ist bisher offen. Auch die Bundes-SPD will mit einer ihrer acht Regionalveranstaltungen ins bevölkerungsreichste Bundesland kommen – nach Kamen. Für den Fall, dass dabei auch das Wegdrängen von Sigmar Gabriel Thema werden könnte, baut Groschek vor: „Die jetzt auf dem Gipfel mit ihm jodeln, waren häufig diejenigen, die im Tal gesagt haben, der kommt auf keinen Berg mehr hoch.“ Er glaube nicht, dass Gabriel in den politischen Ruch herabsteige. „Man wird von ihm noch viel hören.“

Das geschah bereits gestern. Angesichts seines drohenden Endes als Außenminister wirft Gabriel dem scheidenden SPD-Chef Schulz Wortbruch vor. „Was bleibt, ist eigentlich nur das Bedauern darüber, wie respektlos bei uns in der SPD der Umgang miteinander geworden ist und wie wenig ein gegebenes Wort noch zählt“, sagte Gabriel in einem Interview.

„Schulz muss sich dieser Diskussion stellen“, sagt NRW-Landeschef Michael Groschek. Foto: dpa



Martin Schulz (l.) statt Sigmar Gabriel im Außenministerium: ein angekündigter Wechsel, der die SPD aufwühlt. Gabriel wirft dem scheidenden SPD-Chef nun Wortbruch vor.

Foto: dpa

Welches Versprechen er meinte, sagte er allerdings nicht. Gabriel hatte im Januar zugunsten von Schulz auf den Parteivorsitz und die Kanzlerkandidatur verzichtet, um Außenminister zu werden. Es wird seither kolportiert, dass Schulz ihm damals für den Fall einer neuen großen Koalition versprochen hat, dass er das Außenamt behalten darf.

Schulz hatte am Mittwoch erklärt, dass er selbst Außenminister werden will, obwohl er nach der Wahl ausgeschlossen hatte, in ein Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) einzutreten.

„Für mich beginnt jetzt eine neue Zeit. Meine kleine Tochter Marie hat mir heute früh gesagt: ‚Du musst nicht traurig sein, Papa, jetzt hast Du doch

mehr Zeit mit uns. Das ist doch besser als mit dem Mann mit den Haaren im Gesicht“, so Gabriel.

Nach vielen Alleingängen und einer gewissen Sprunghaftigkeit hatte er vor der Abgabe des SPD-Vorsitzes massiv an Vertrauen in der Partei verloren. Der Mann aus Goslar verzichtete am Ende zugunsten Schulz' auch auf die Kanzlerkandidatur. Seine wiederholte Kritik an der SPD und ihrer Wahlkampagne ließ ihn noch einsamer werden.

„Ich habe das Amt des Außenministers gern und in den Augen der Bevölkerung offenbar auch ganz gut und erfolgreich gemacht. Und da ist es ja klar, dass ich bedauere, dass diese öffentliche Wertschätzung meiner Arbeit der

neuen SPD-Führung herzlich egal war“, sagte Gabriel nun. Er wisse, dass in der Politik auch schon mal mit harten Bandagen gestritten werde. „Aber es sollte mit offenem Visier erfolgen.“

Der 58-jährige Gabriel, bisher Vizeminister und von 2009 bis 2017 der am längsten amtierende Parteichef seit Willy Brandt, droht der Sturz in die politische Bedeutungslosigkeit, obwohl er laut ARD-„Deutschlandtrend“ Deutschlands beliebtester Politiker ist.

Nun baut Schulz auf das Gipfel-Renommee, das der Posten als Außenminister in der Regel verspricht. Ob er dieses Ziel erreicht, ist ungewiss. Sicher scheint nur: Schon bei seinem Aufbruch im SPD-Basislager wird es eisig werden.

DIE AUSLANDSPRESSE

PRESEECHE Die Einigung von Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag hat im Ausland ein lebhaftes Presseecho hervorgerufen. Einige Zeitungen werten die Einigung als Sieg der SPD und Schwächung von Kanzlerin Angela Merkel. Auch die möglichen Auswirkungen auf Europa werden vielfach beleuchtet.

NORWEGEN Der „Aftenposten“ meint: „Die EU bekommt ein stabiles Deutschland, das mit Frankreich zusammenarbeiten kann, um das europäische Projekt besser auf die Spur zu bringen.“

SPANIEN Die Zeitung „La Vanguardia“ schreibt: „Europa hat Grund, die neue große Koalition zu feiern: Sie beendet das deutsche Machtvakuum, das erfolgreich durch den Dynamismus Macrons kompensiert wurde. Das Finanzressort fällt in die Hände der SPD, wodurch sich die strengen Sparkriterien des konservativen Schäuble zugunsten einer Geldpolitik ändern werden, die die europäischen Staaten, die Probleme haben, begünstigt.“

NIEDERLANDE Das „NRC Handelsblad“ kommentiert: „Auf Europa kommen noch mehr Veränderungen zu, als man bisher dachte. Es wäre nicht überraschend, wenn dieses Team eher geneigt wäre, EU-Ländern mit einer schwächeren Wirtschaft entgegenzukommen als das Tandem Merkel/Schäuble.“

GRIECHENLAND Die Zeitung „Ta Nea“ schreibt: „Der Rückzug Merckels hat den neuen Schäuble (Olaf Scholz) gebracht. Ganz Europa hofft jetzt auf das Ende des endlosen Sparens“. Und „Eleftheros Typos“ macht es ganz kurz: „SPD-Regierung mit Merkel als Kanzlerin.“

ITALIEN Die „Corriere della Sera“ analysiert: „Merkel verliert, weil sie einen hohen Preis für ihr viertes Mandat bezahlt. Dass das Finanzministerium an die SPD geht, bedeutet nicht, dass Deutschland in Zukunft Abstriche mit Blick auf die europäischen Regeln macht.“

GROSSBRITANNIEN Die altehrwürdige „Times“ schreibt: „Angela Merkel wird nicht die dominante europäische Figur sein, die sie in ihren ersten drei Amtszeiten war. Britische Minister, die darauf hoffen, diese Schwäche in den Brexit-Gesprächen auszunutzen, werden wahrscheinlich enttäuscht.“ Auch der „Telegraph“ meint: „Es gibt schlechte Nachrichten für jeden, der gehofft hatte, dass diese Einigung auf eine Koalition Angela Merkel die Freiheit für mehr Flexibilität bei den Brexit-Verhandlungen geben könnte. Die neue Regierung wird stattdessen voraussichtlich viel aktiver den Ausbau der europäischen Integration vorantreiben.“

BULGARIEN Das Blatt „Duma“ kommentiert: „Interessant ist, dass danach die CSU das Innenministerium mit Horst Seehofer an der Spitze bekommt, das reformiert werden soll. Dies wird wahrscheinlich eine zusätzliche Verhärtung der deutschen Flüchtlingspolitik bedeuten.“

UNGARN Die „Magyar Idök“ schreibt: „Merkel muss auch beweisen, dass man die zwei Millionen Fremden, die man aufgenommen hat, integrieren kann. Wir drücken der neuen Regierung aufrichtig die Daumen, dass sie mit ihnen etwas anzufangen weiß. Nicht wegen Merkel, sondern unserer wegen.“

SCHWEIZ Die „Neue Zürcher Zeitung“ meint: „Deutschland wäre bereit für Neues, für einen Aufbruch, für Zukunftsoptimismus. Doch das wird es von Merkel, Schulz und Co. nicht erhalten. Die abermalige große Koalition ist eine Sackgasse.“

ÖSTERREICH Der „Standard“ kommentiert: „Dieses Bündnis hat eine Chance verdient, schlicht auch aus dem Grund, weil es ohnehin nichts Besseres gibt.“

MEINUNG

Nicht alles ist Zufall

Von Günter Hiege

Beide Wuppertaler Sport-Leuchttürme machen dieser Tage in Sachen Trainer von sich Reden. Am Mittwoch warf der WSV Stefan Vollmerhausen raus, am Donnerstag verlängerte der BHC mit Sebastian Hinze. Die zeitliche Nähe ist sicher ein Zufall, dennoch wirkt beides symptomatisch. Da ist einerseits der BHC, der Kontinuität und seriöses Arbeiten predigt und Jahr für Jahr Taten folgen lässt. Andererseits der Wuppertaler SV, der beides ebenso anstrebt, aber keine Ruhe hereinbekommt. Das hängt natürlich auch vom Personal ab. Der

BHC hat mit Hinze ganz offenbar aufs richtige Pferd gesetzt, aber keinen Hype daraus gemacht. Der WSV hatte mit Vollmerhausen ebenfalls einen erfolgreichen Trainer aus den eigenen Reihen und ihn schnell mit einem langfristigen Vertrag ausgestattet. Dass im menschlichen Umgang da nicht alles Gold war, darüber sah man lange hinweg. Nun ist der Katzenjammer groß und es gibt eventuell noch ein juristisches Nachspiel.



günter.hiege@wz.de

KURZ NOTIERT

FDP fordert zeitgleiche Anmeldezeiten

Die Fraktion der Freien Demokraten im Rat kritisiert die vorgezogene Anmeldephase für Gesamtschulen in Wuppertal als ungerechten Nachteil insbesondere für Haupt- und Realschulen. „Die vorgezogenen Anmeldezeiten für die Gesamtschulen benachteiligen die anderen Schulformen und sollten daher schnellstmöglich wieder angeglichen werden; wie es im Übrigen auch in NRW die Regel ist“, sagt Karin van der Most, schul- und bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Durch die vorgezogenen Anmeldezeiten, meldeten viele Eltern zunächst einmal ihre Kinder an einer Gesamtschule an und schauten, ob sie einen Platz an einer der beliebten Gesamtschulen, insbesondere an der in Barmen erhielten. Auf die anderen Gesamtschulen lasse sich das so nicht übertragen, da insbesondere die Schulen im Wuppertaler Westen diese Überhänge nicht hätten. Damit würden Haupt- oder Realschulen zur zweiten Wahl degradiert, denn erst in einem zweiten Schritt sei dort die Anmeldung möglich.

Julis fordern schnelles Internet an Schulen

Die Jungen Liberalen (Julis) Wuppertal sehen im Projekt „Digitale Modellkommunen“ eine große Chance für Wuppertal. Dabei betonen sie, dass das Projekt nicht nur darauf beschränkt sein dürfe, Verwaltungsleistungen wie die Anmeldung eines Autos online zu ermöglichen. „Das Geld muss ebenso sinnvoll in die gezielte Digitalisierung Wuppertaler Schulen investiert werden“, so die Jungpolitiker in einer Pressemitteilung. Wuppertaler Schüler hätten ein gut funktionierendes und schnelles Internet in den Schulen verdient. „Wenn wir unseren Schülern immer mehr abverlangen, müssen wir Ihnen auch die besten Rahmenbedingungen bieten. Dazu gehört ein schnelles Internet an Schulen“, so Kai Wagner, Vorsitzender der Jungen Liberalen Wuppertal. Daher fordert die Organisation die Stadt auf, zu prüfen, wie schnell die digitale Infrastruktur an Wuppertaler Schulen auszubauen ist. Sie fordern zudem, alle möglichen Schritte in die Wege zu leiten, um dies auch umzusetzen. Red

GLÜCKWÜNSCHE

Zum Geburtstag

Frau Frieda Boldt (90), Evang. Altenwohnstätte

Zeughausstraße; Herrn Horst Brückner (90), Altenpflgeheim Am Diek.

NOTDIENSTE

Krankenhäuser

Helios, Heuserstr., Tel. 8960; Bethesda, Hainstr., Tel. 2900; St. Petrus, Carnaper Str., Tel. 2990; St. Anna, Vogelsangstr., Tel. 299 3810

diens der Kassenärztlichen Vereinigung; Tel. 116 117.

Apotheken

Zeughaus-Apotheke, Gewerbeschulstr. 24; Löwen-Apotheke, Hauptstr. 30; Löwen-Apotheke, Am Kriegermal 30.

Ärztlicher Bereitschafts-

IMPRESSUM

Westdeutsche Zeitung
General Anzeiger
Wuppertaler Nachrichten
Wuppertaler Anzeiger
Lokalredaktion
Telefon: 0202/717-2627 oder -2628.
E-Mail: redaktion.wuppertal@wz.de
Lothar Leuschen (verantw.), Andreas Boller (stellv.), Holger Bangert, Gordon Binder, Anne Grages (Kultur), Günter Hiege (Sport), Claudia Kasemann, Svenja Lehmann, Daniel Neukirchen, Manuel Praest, Eike Rüdibusch, Katharina Rüh, Anke Strotmann
Kreis Mettmann: Andreas Reiter
Verlagsleitung und verantwortl. für Anzeigen:
Jochen Eichelmann
Telefonischer Anzeigenverkauf:
Telefon: 0202/717-1, Fax: 0202/717-2669, E-Mail: anzeigen@wz.de
Anschrift (für die o.g. Verantwortlichen):
Westdeutsche Zeitung GmbH & Co. KG
Ohligsmühle 7-9, 42103 Wuppertal,
Telefon: 0202/717-0
WZ-Punkte
Elberfeld: Buchhandlung v. Mackensen, Friedrich-Ebert-Straße/
Ecke Laurentiusstraße 12, 42103 Wuppertal,
Telefon: 0202/304001
Barmen: Maysche Buchhandlung, Werth 54, 42275 Wuppertal,
Telefon: 0202/43042800
Leser-Service
Telefon: 0800/1452452 (kostenlose Service-Hotline)

Wenn Nachrichten gelogen sind

Wie müssen sich Journalisten im Zeitalter der Fake News positionieren? Darüber diskutierten FAZ-Ressortleiter Rainer Hank und WZ-Chefredakteur Ulli Tückmantel in der Citykirche.

Von Daniel Neukirchen

Wäre US-Präsident Richard Nixon heute nach der berühmten Watergate-Affäre zurückgetreten? Vermutlich nicht, glaubt WZ-Chefredakteur Ulli Tückmantel. „Wenn Sie lügen, müssen Sie nur konsequent und dauerhaft lügen, dann können Sie auch damit erfolgreich sein“, sagt der Journalist angesichts der Fülle von Fake News, die heutzutage vornehmlich über die Sozialen Netzwerke geteilt werden und das öffentliche Bewusstsein prägen.

Wie sieht journalistisches Arbeiten im postfaktischen Zeitalter aus? Dieser Frage gingen in der Citykirche WZ-Chefredakteur Ulli Tückmantel und FAZ-Ressortleiter Rainer Hank nach. Prof. Michael Scheffel vom Lehrstuhl für Allgemeine Literaturwissenschaft und Neuere deutsche Literaturgeschichte an der Bergischen Uni Wuppertal moderierte das Podiumsgespräch mit anschließender offener Fragerunde.

„Facebook schert sich einen Teufel um journalistische Texte“

Die Redakteure stellten zunächst fest, dass auch das Handwerk des Journalisten ein anderes geworden ist. Rainer Hank erinnerte sich zurück an eine Zeit, als ein Wirtschaftsartikel eine formelhafte Aneinanderreihung von Zahlen und Fakten war. „Man musste sich da nicht so viel Gedanken machen, die Leute haben das gekauft“, sagte der Wirtschaftsjournalist. Heute erwarte der Leser immer eine Geschichte.

„Hast du keine Zeile, hast du keine Geschichte“ – eine einfache Regel, die heute in Redaktionen gilt, so Tückmantel.



Ulli Tückmantel (WZ), Michael Scheffel (Uni) und Rainer Hank (FAZ) im Gespräch über Soziale Netzwerke und die Rolle der Leser.

Foto: Stefan Fries

Zielt der Artikel nicht auf eine Überschrift ab, steckt im Kern kein narratives Element, dann verkümmert das Thema wahrscheinlich als Stichwortsammlung im Block des Reporters. Wie fiktive Geschichten dürfen journalistische Erzählungen heute auch Protagonisten und Antagonisten haben, führte Tückmantel aus. Hank spricht sogar von „Cliffhangern“ zwischen einzelnen Absätzen, „so wie Sie das bei der Fernsehserie ‚House of Cards‘ kennen“.

Fiktion oder Nachricht? Für den Leser mag diese Grenze verschwimmen. Aber, das stellten die Redner heraus, das journalistische Produkt unterscheidet sich durch das Handwerk. Der Journalist trenne etwa scharf zwischen Nachricht und Meinung und sichert seine Fakten durch mindestens zwei unabhängige Quellen ab.

Was die Lage erschwert: Die Tageszeitung sei nur noch ein Instrument im Orchester, so Tückmantel mit Blick auf die Informationsflut im Internet.

„Twitter und Facebook scheinen sich einen Teufel um journalistische Texte“, sagt Rainer Hank. Am Ende liegt die Aufgabe beim Empfänger, die Spreu vom Weizen zu trennen.

Erschwerend kommt hinzu, dass digitale Riesen wie Google und Facebook Nachrichten nach den eigenen Kriterien gewichten. Gleichzeitig komme heute jeder zweite Nutzer über genau diese Portale auf die Seite der WZ. Der Chefredakteur finde das bedenklich: „Heute bestimmt der Gesprächswert das Ranking von Nachrichten.“ Spannende Nebensächlichkeiten schieben sich so unter Umständen vor wichtige, aber vielleicht schwer verdauliche Nachrichten.

Hier hakte Rainer Hank ein und stellte die Frage, ob sich der Journalist eigentlich anmaßen dürfe, dem Leser vorzuschreiben, was wichtig ist. „Was spricht dagegen, eine Zeitung zu machen, die das Interesse des Kunden weckt?“, fragte er. Ulli Tückmantel ent-

ZITATE

WIKIPEDIA Für Hank ist die Netz-Enzyklopädie eine „zivilgesellschaftliche Errungenschaft“.

WAHRHEIT Ulli Tückmantel: „Mit den Wahrheiten tue ich mich schwer. Ich wäre schon zufrieden, wenn die Fakten stimmen.“

RECHERCHE Den Vorwurf, dass Jour-

nalisten heutzutage weniger recherchieren als damals, weist Hank zurück: „Die Zeiten zwingen uns dazu, besser zu recherchieren.“

BILDZEITUNG Tückmantel: „Gedrucktes RTL2 verkauft sich nicht so gut.“

VIDEO Clips vom Abend gibt es unter: wz.de/wuppertal

gegnete: „Ich werde von meinen Lesern dafür bezahlt, dass ich ihnen Orientierung gebe.“

Als Zeitung müsse man seiner Meinung nach heutzutage öfter Haltung beziehen – und seine Leser offen in den Prozess einbeziehen. Als Beispiel nannte Tückmantel das Foto des toten syrischen Kindes am Strand, das die WZ aus ethischen Gründen ebenso wenig gezeigt hat, wie das Gesicht des Germanwings-Piloten, der im März 2015 einen Airbus A320 zum Absturz brachte.

Aus dem Publikum auf die Bedeutung von Livetickern bei Unglücksfällen angesprochen, machte Tückmantel klar, dass er kein großer Freund dieser Art der Berichterstattung ist, weil sie oft fehlerbehaftet sei: „Haben Sie Verständnis, dass wir Zeit brauchen, um Nachrichten zu überprüfen.“ Er sehe bei der Verbreitung von Falschmeldungen und Halbwahrheiten auch die Rezipienten in der Verantwortung: „Teilen Sie das nicht. Sie sind heute Mittäter.“

CDA lobt die Kompromisse in Berlin

„Dieser Koalitionsvertrag ist ein großer Schritt für Arbeitnehmerinteressen. Mit vielen Maßnahmen wird die Lebens- und Arbeitswirklichkeit von Millionen von Menschen verbessert“, sagen Anja Vesper und Tabea Burchartz von der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft im Kreisverband Wuppertal anlässlich der Vorstellung des Koalitionsvertrages in Berlin. Die Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung und die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags entlaste alle Beschäftigten. Die Beschränkung von Kettenbefristungen gebe Arbeitnehmern mehr Sicherheit für die Lebensplanung und das Rückkehrrecht aus der Teilzeit schütze sie vor der Teilzeitfalle. „Hinzu kommt wesentlich mehr Hilfe für Langzeitarbeitslose und ein umfassendes Rentepaket, das Sicherheit für die nächsten Jahre garantiert und die Lebensleistung von Grundversicherungsempfängern endlich berücksichtigt. Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Wuppertal unterstützt diesen Kurs ausdrücklich. Diese Koalition ist eine Chance für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, so Vesper und Burchartz. Red

„Andere dürfen anders sein als ich“

Bei WZ Wissen ging es um „zwölf Schlüssel zu mehr Gelassenheit“.

Wer wünscht sich nicht in schwierigen Situationen ein wenig mehr innere Ruhe und souveräne Contenance? Der Vortragssaal der Barmenia-Versicherung war am Mittwochabend voll besetzt mit Menschen, die sich solche Lebenshilfe wünschen. Zum Auftakt der diesjährigen Vortragsreihe WZ Wissen hatte Autorin Sabine Asgodom (64) gleich „Zwölf Schlüssel zur Gelassenheit“ parat, der mehr Pointen enthielt als manche Büttenrede und am Schluss mit stehenden Ovationen belohnt wurde.



Sabine Asgodom sprach über das Thema Gelassenheit. Foto: Andreas Fischer

WZ WISSEN

Da nahm es das Publikum auch nicht übel, dass die ehemalige Fußballschiedsrichterin sich eine 25-minütige Nachspielzeit gestattet. Die Zeit verging nämlich wie im Fluge und war angefüllt mit geistreichen Bemerkungen über die Schwächen der Mitmenschen, die einem oft Geduld und Gelassenheit raubten.

Sabine Asgodom analysierte messerscharf, kleidete ihre Beobachtungen in humorvolle Bemerkungen, indem sie zum Beispiel Unpünktlichkeit als Zeitoptimismus bezeichnete. Oder bat darum, nachzudenken, warum das Auto vor uns

mit Tempo 40 über die einspurige Straße schleicht. „Vielleicht hat er eine dreistöckige Hochzeitstorte an Bord. Kein Mensch macht etwas ohne Grund. Vielleicht ist ihr Gegenüber mit anderen Werten aufgewachsen und setzt andere Prioritäten.“ „Andere Menschen dürfen anders sein als ich“, hieß denn auch ein Schlüssel zu mehr Gelassenheit im Alltag. „Wir können viel von anderen lernen, wenn wir sie nicht abwerten, wenn wir aushalten, dass sie anders sind als man selbst.“

Die Referentin riet, abends drei Dinge aufzuschreiben, die tagsüber gelungen sind und forderte zu Versöhnung mit sich selbst und den eigenen Schwächen auf. Dass es Freude

macht, anderen Freude zu machen, hat jeder wohl schon erlebt. Doch die medienerfahrene Management-Trainerin machte auch Stress-Faktoren aus, die oft das Leben vergällen. „Stress entsteht, wenn man ja sagt, aber nein meint“, stellte Sabine Asgodom klar. „Man muss auch mal andere enttäuschen, um kein enttäuschtes Leben zu führen.“ Gelassenheit gegenüber Dingen, die man ohnehin nicht ändern kann. Miteinander reden, anstatt Groll mit sich herumzuschleppen. fwb

» Der nächste Vortrag findet am 7. März statt: Patric Heizmann spricht ab 19.30 Uhr bei der Barmenia, Barmenia-Allee 1, über das Thema Vitalität.

Spiecker: CDU kommt zu schlecht weg

Kreisvorsitzender kritisiert Aufteilung der Ministerposten.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind abgeschlossen. Hierzu bemerkt der CDU-Kreisvorsitzender Rainer Spiecker: „Ich bin froh, dass nun endlich eine Einigung erzielt wurde, zu lange schon zog sich die Regierungsbildung hin. Der Koalitionsvertrag reagiert auf viele neue Herausforderungen und bringt gerade auch für Wuppertal erhebliche Vorteile, insbesondere in der finanziellen Ausstattung der Kommunen.“ Zur Gesundheitspolitik hätte sich Spiecker klare Formulierungen der CDU-Positionen gewünscht. Unverständlich sei für ihn die personelle Aufteilung der Ministerien. Von 16 Ministerpositionen stellen laut den Verhandlungen CDU und CSU zehn und die SPD sechs, was zahlenmäßig vielleicht vertretbar sei. Bei den Schlüsselministerien wie dem Finanzministerium sei die CDU zu schlecht bedacht. „Kein Verständnis kann ich dafür aufbringen, dass Martin Schulz Außenminister werden soll, das ständige Vor- und Zurück ist nicht mehr akzeptabel“, sagt Spiecker. Red